

Liebe Mitstreiter*innen ,

die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki jähren sich zum 73. Mal. Aus gutem Grund sind diese Tage Tage der Erinnerung. Tage der Erinnerung an für uns heute unvorstellbares Grauen, an verstümmelte, verkohlte Leichen, an atomar verseuchte Menschen, die ein grauenvoller Tod erwartet, an auf Jahrzehnte verseuchte Landstriche und missgebildete Kinder.

Auch die Gewerkschaften gedenken des Grauens und des unermesslichen Leids der beiden Weltkriege, die über 80 Millionen Tote gefordert haben. Wir weisen darauf hin, dass es Nazi-Deutschland war, das mit seinem Überfall auf Polen 1939 den Zweiten Weltkrieg entfacht hat und wir sehen auch darin einen Grund, für unsere besondere Verantwortung für den Frieden. Gerade in diesem Jahr haben wir besonderen Anlass, vor den zerstörerischen Folgen von Nationalismus und Wettrüsten zu warnen. Der amerikanische Präsident Donald Trump drängt die Mitgliedsstaaten der Nato, ihre Rüstungsausgaben drastisch zu erhöhen und viele, auch die Bundeskriegsministerin Ursula von der Leyen, wollen dieser Forderung nur allzu gerne nachkommen.

Wir versammeln uns heute an einem Gedenkstein, der dem Krieg in den Weg gestellt wurde, der uns auffordert, dass wir uns dem Krieg in den Weg stellen. Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Das ist die Lehre, die nicht nur die Gewerkschaften aus den Weltkriegsschrecken des 20. Jahrhunderts gezogen haben. Unser Eintreten für Frieden ist auch ein Eintreten für Demokratie, für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und soziale Gerechtigkeit. Ohne Solidarität und soziale Gerechtigkeit kann es weder Frieden noch Freiheit geben.

Die Hoffnung, dass das Ende des Kalten Krieges 1990 ein Zeitalter der Entspannung einläuten würde, hat sich als Illusion erwiesen. Das Risiko von militärischen Auseinandersetzungen ist so groß wie seit 1989 nicht mehr. Rund um den Globus toben mehr als 30 Kriege und bewaffnete Konflikte. Auch die nukleare Bedrohung nimmt zu. Die USA und Russland modernisieren ihre Atomwaffenarsenale. Nuklearmächte wie China, Nordkorea, Indien und Pakistan tragen dazu bei, dass wir erneut ein nukleares Wettrüsten erleben und in Deutschland sind noch immer Atomwaffen stationiert. US-Präsident Trump kündigt einseitig das internationale Atomabkommen mit dem Iran auf. Und – Christel Göttert hat es bereits angesprochen – „unsere“ Bundesregierung weigert sich weiterhin, den von über 120 Staaten beschlossenen UN-Vertrag über ein Atomwaffenverbot zu unterzeichnen.

Das globale Erstarken von Nationalismus und Neorassismus, die Ausbreitung autoritärer, autokratischer Regierungen befeuern zahlreiche Konflikte und fördern die zunehmende Bereitschaft, Interessen mit militärischer Gewalt durchzusetzen. Die Folge: Nie sind so viele Menschen auf der Flucht gewesen. Heute sind es weltweit 68,5 Millionen. Viele mussten ihre Heimat verlassen, weil dort Krieg oder Bürgerkrieg herrschen.

Wir sehen: Waffengewalt und militärisches Hochrüsten lösen keine Probleme. Eine neue Aufrüstungsspirale ist die falsche Antwort auf die veränderte Weltlage. Und doch sind die globalen Rüstungsausgaben mit über 1,7 Billionen US-Dollar so hoch wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Dieser Wahnsinn muss ein Ende haben.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften lehnen deshalb das aberwitzige NATO-Ziel ab, die Rüstungsausgaben der Bündnispartner auf zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung zu erhöhen. Für die Staaten Europas würde dies bedeuten, dass ihre Militäretats von 500 Milliarden Euro auf 800 Milliarden anwachsen. Auch Deutschland müsste seine Rüstungsausgaben annähernd verdoppeln.

Doch dies ist der falsche Weg: Statt die Verteidigungsausgaben massiv aufzustocken, muss eine zivile Strategie der Friedenssicherung bei den Ursachen von Kriegen und

bewaffneten Konflikten ansetzen. In ihrem Mittelpunkt müssen die Ziele einer gerechten Verteilung des weltweiten Reichtums sowie soziale und ökologische Entwicklungs- und Klimaschutzprojekte stehen. Und: Wenn Deutschland ernsthaft Lehren aus den Kriegen des zwanzigsten Jahrhunderts ziehen will, dann müssen Waffenexporte – nicht nur die in Krisengebiete, die aber zu allererst - verboten werden.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften treten für eine Politik der Abrüstung und Rüstungskonversion ein. Wir unterstützen deshalb die friedenspolitische Initiative „Abrüsten statt Aufrüsten“ und rufen öffentlich dazu auf, die Petition dieser Initiative gegen das „Zwei-Prozent-Ziel“ der Bundesregierung zu unterzeichnen.

Wer Frieden will, der muss auch das „Werben für das Sterben“ unterbinden. Es war für mich beschämend mit anzusehen, wie beim Hessentag in Rüsselsheim Kinder in Uniformen gesteckt, ihre Gesichter mit Tarnfarbe geschminkt wurden und sie dann auf allerlei Kriegsgerät herumturnen konnten.

Mit der Umwandlung der Bundeswehr in eine Berufsarmee wächst auch der Zwang zur Nachwuchswerbung. Das bedeutet, Krieg muss massiv verharmlost und Gewalt als akzeptables oder gar notwendiges Lösungsmittel für Konflikte dargestellt werden, damit junge Menschen sich für den Soldatenberuf begeistern

Die Armee, die Kosten für die Rüstung, werden als notwendige Kosten der Freiheit dargestellt.

Christel Göttert hat hier Umriss einer Friedenspädagogik skizziert. Bundeswehr und Hessisches Kultusministerium verfolgen aber andere Ziele. Seit November 2010 gibt es eine sogenannte Kooperationsvereinbarung zwischen dem Hessischen Kultusministerium und der Bundeswehr. Auch nach dem Eintritt der Grünen in die CDU-geführte Landesregierung blieb diese Kooperationsvereinbarung unverändert. Jugendoffiziere der Bundeswehr erhalten privilegierten Zugang zu Schulen. Sie sollen „zu militärischen und sicherheitspolitischen Grundsatzfragen im Sinn der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland Stellung“ nehmen. Das soll zwar keine Werbung sein, aber es ist nicht zwingend vorgeschrieben, den gesellschaftlichen Gegenpol Friedensbewegung auch einzuladen. Nur allzu oft wird der politikdidaktische Grundsatz missachtet: „Was in der Gesellschaft strittig ist, muss auch im Unterricht strittig sein“. Meine Gewerkschaft, die GEW, ist daher der Auffassung, dass Jugendoffiziere in der Schule nichts zu suchen haben. Die Auseinandersetzung mit „militärischen und sicherheitspolitischen Grundsatzfragen“ gehört ohne Frage in den Unterricht, aber in die Hand entsprechend ausgebildeter Fachlehrer*innen, die kritisch konkurrierende Interessen aufgreifen und die im Sinne einer Friedenspädagogik wie sie Christel Göttert umrissen hat, tätig werden.

Wenn wir uns dem Krieg in den Weg stellen wollen, dann gibt es viel zu tun:

„Nie wieder Krieg!

Abrüsten statt Aufrüsten!

Wehretat kürzen!

Kein Werben fürs Sterben – Bundeswehr raus aus den Schulen!

Bernd Heyl,

stellvertretender DGB Kreisvorsitzender u. stellvertretender GEW Kreisvorsitzender